

EU-Monitoringbericht 2005: Bei engagierter Fortsetzung des Reformprozesses bleibt Rumäniens EU-Beitritt 2007 weiter möglich

von

Dr. Günter W. Dill / Maria Vasiu

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bukarest, 26. Oktober 2005

Im letzten Jahr hat Rumänien greifbare Fortschritte in der Erfüllung der Beitrittsvoraussetzungen gemacht. Dies ist das Resümee des am 25. Oktober 2005 veröffentlichten EU - Monitoringberichts, der allerdings die endgültige Empfehlung - ob es beim geplanten EU-Beitritt Rumäniens (und Bulgariens) am 1. Januar 2007 bleibt oder ob eine Verschiebung auf 2008 wegen fortbestehender Reformmängel in wichtigen Politikbereichen erfolgen sollte - auf das Frühjahr 2006 vertagt hat.

Der am 25. Oktober veröffentlichten Bericht ist Teil des umfassenden Monitorings der Fortschritte Rumäniens (und Bulgariens) im Hinblick auf den vertraglich vereinbarten EU-Beitritt, was ein engmaschiges Netz ganz unterschiedlicher Maßnahmen umfasst (von regelmäßigen technischen und politischen Konsultationen bis hin zu einem Frühwarnsystem, wenn sich Reformen verzögern sollten).

Im Kern bringt der neueste Report Rumänien und Bulgarien einen erheblichen Schritt näher an das gemeinsame Ziel heran. Er enthält freilich auch eine umfangreiche Pflichtenliste, die beide Länder als *conditio sine qua non* noch erfüllen müssen bis April - Mai 2005, wobei Rumänien in der Beurteilung diesmal besser abschneidet als Bulgarien.

Für die Bewertung der Erfüllung der Beitrittsbedingungen legt der Bericht 3 Kriterien zugrunde:

- Politische Fortschritte
- Wirtschaftliche Fortschritte sowie
- Übernahme und Umsetzung des *acquis communautaire*.

Zu den politischen Kriterien:

Positiv werden die Reformen der Justiz in Richtung Unabhängigkeit, Leistungsfähigkeit und Professionalisierung gewertet. Ausdrücklich werden auch die Verbesserungen in den Bereichen Medienfreiheit, Eigentumsrückgabe, Minderheitenrechte und Kinderschutz gewürdigt.

Negativ registriert der Bericht die Unzulänglichkeiten vor allem in den Bereichen Öffentliche Verwaltung und Öffentlicher Dienst. Ebenso wird mit höchster Priorität die Fortführung des Kampfs gegen die Korruption angemahnt.

Zu den wirtschaftlichen Kriterien:

Positiv werden die Verbesserungen der makroökonomischen Lage Rumäniens gewertet, insbesondere die Ergebnisse der Beschäftigungsentwicklung, Steuereintreibung und Inflationsbekämpfung.

Negativ in der Bilanz der rumänischen Wirtschaft erscheint vor allem das Risiko einer unausgewogenen Weiterentwicklung, zumal das hauptsächlich konsuminduzierte Wachstum von einer sich zunehmend verschlechternden Handelsbilanz begleitet wird. Auch habe sich das Privatisierungstempo beträchtlich verlangsamt.

Zur Umsetzung des *acquis commautaire*:

Auch hier sind nach Auffassung der Kommission nach zahlreiche Reformen vonnöten, allerdings von unterschiedlicher Dringlichkeit.

Besonderes Gewicht legt der Bericht u.a. auf die Sicherung der Finanzkontrolle über die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Fonds, die Umsetzung der Zollgesetze (wichtig für den EU-Haushalt!!), auf die Garantie der Nahrungsmittelsicherheit, auf den Schutz vor industrieller Umweltbelastung und auch hier auf die Beseitigung von Korruption (als potentieller Quelle von betrügerischen Machenschaften im Hinblick auf EU- Budget und EU-Fonds, wovon letztlich auch die EU-Steuerzahler betroffen sind).

Im Ergebnis hat der Kommissar für die EU-Erweiterung, *Olli Rehn*, die verantwortlichen rumänischen Akteure in Staat und Gesellschaft anlässlich der Veröffentlichung des Monitoring-Berichts nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, dass nur eine Beschleunigung und Intensivierung der Reformprozess noch Chancen auf einen Beitritt zum 1. Januar 2007 eröffne.

Der Monitoring-Bericht im Spiegel der Urteile der rumänischen Öffentlichkeit

Die Veröffentlichung des EU-Berichts wurde von allen Rundfunk- und Fernsehsendern und Printmedien ausführlich erörtert. Dabei waren die Reaktionen überwiegend von einem moderaten

Optimismus gekennzeichnet. Dabei war der Ton der Kommentare eher ausgewogen. Allerdings wurden vielfach die Formulierungen des Berichts besonders herausgestellt, die auf eine mögliche Aktivierung der Schutzklausel zwecks Verschiebung des Beitrittstermins schließen lassen könnten. Auch zeigten sich viele Kommentatoren skeptisch gegenüber weiteren Erfolgen der Regierung in der Korruptionsbekämpfung.

Die Vertreter der Regierung - Ministerpräsident und Integrationsministerin - zeigten sich in ihrer ersten Einschätzung zufrieden und entschlossen, den eingeschlagenen Reformkurs konsequent fortzusetzen. Ministerpräsident *Tariceanu* sieht in dem EU-Monitoring eine Bestätigung der eigenen Regierungsarbeit:

„Der Fortschrittsbericht für Rumänien ist eine objektive Radiographie des heutigen Rumäniens. Im Unterschied zu den früheren Fortschrittsberichten wurde Rumänien diesmal als ein zukünftiges EU-Mitgliedsland beobachtet, welches die selben Regeln wie alle anderen Mitgliedsländer erfüllen muss. [...]. Die europäische Kommission zeigte ihr Vertrauen in die Kapazität Rumäniens, ihre Verpflichtungen bis zum 1 Januar 2007 zu erfüllen...“.

Justizministerin *Monica Macovei* meinte im Hinblick auf das Thema Korruptionsbekämpfung, dass der EU-Bericht in seinen Beurteilungen völlig berechtigt ist, dass aber die eigentliche Verantwortung nunmehr bei den Staatsanwälten liege, die die einschlägigen Gesetze nur implementieren müssen.

Staatspräsident *Basescu* unterstrich die Bedeutung der Reformen, die von der derzeitigen Regierung durchgesetzt worden seien. Den EU-Bericht wertete er als „verpflichtend und objektiv zugleich“ und zeigte sich entschlossen, im Sinne der Reformprogramme weiterhin Druck auf die Staatsinstitutionen auszuüben.

Vertreter der Regierungsparteien äußerten ihr Vertrauen in die Kapazität der Regierung, die noch bestehenden Probleme zu lösen, während für Vertreter der Opposition die Gefahr einer Verschiebung des EU-Beitritts noch nicht vorbei ist.

Vertreter der EVP im Europäischen Parlament bemängelten den Bericht der EU-Kommission, weil er nicht kritisch genug gewesen sei vor allem in der Frage der Korruptionsbekämpfung. Diesen Standpunkt vertraten auch Abgeordnete der Grünen und die independenten Abgeordneten des

Europäischen Parlaments. *Elmar Brok* (EVP/PPE – ED Fraktion) wertete den Monitoring - Bericht als eine „gelbe“ Karte für Rumänien und Bulgarien; die Frage des Zeitpunkts des EU-Beitritts - 2007 oder 2008 – sei noch völlig offen.

Fazit

Die Botschaft, dass nach den bisherigen Erfolgen der Beitrittstermin 2007 noch erreicht werden kann, auch wenn noch einige schwierigen Hürden zu nehmen sind, konnte eigentlich ebenso wenig überraschen wie die Feststellung des Berichts, dass Rumänien weitaus zügiger die bisherigen Reformauflagen angegangen sei als der zweite Beitrittsaspirant Bulgarien. Dafür gibt es sicher überzeugende Gründe.

Zum einen hat Rumänien seit dem Ende des vergangenen Jahres eine neue politische Führung: Weder Präsident *Traian Basescu* noch Ministerpräsident *Calin Popescu Tariceanu*, der einer von 4 Parteien getragenen Mitte-Rechts-Regierung vorsteht, noch die für die Justizreformen zuständige Ministerin *Monica Macovei* haben von Anfang an einen Zweifel daran gelassen, dass es ihnen mit der in den vergangenen Jahren immer wieder angemahnten Transformation Rumäniens zu einem demokratischen Rechtsstaat sehr ernst ist. Konsequenterweise wurden deshalb auch in vergleichsweise kurzer Zeit eine Reihe wichtiger Reformgesetze auf den Weg gebracht.

Ein weiteres Indiz für eine zunehmend positive Bewertung der Entwicklung Rumäniens ist auch in der Tatsache zu sehen, dass neben internationalen politischen Gremien viele unabhängige Forschungs- und Beratungsagenturen schon lange vor dem Brüsseler Monitoring-Bericht die Ergebnisse ihrer Evaluierungen veröffentlicht haben mit durchaus ähnlichen Schlussfolgerungen.

So hatte GRECO (Group of States against corruption) in einem Evaluierungsbericht für den Europarat, der Mitte Oktober verabschiedet wurde, Rumänien bescheinigt, „substantielle Verbesserungen“ seiner Strafgesetzgebung und der Organisation der Justiz vorgenommen zu haben. Auch hinsichtlich der öffentlichen Verwaltung kommen die Evaluierer des Europarats zum Ergebnis, dass Rumänien „große Fortschritte“ bei der Reform der staatlichen Institutionen gemacht habe – ergänzt freilich mit dem Hinweis: „Rumänien muss sofort greifbare Ergebnisse erlangen bei der Transformation seiner

Verwaltung und zur Sicherung ihres effizienten und transparenten Funktionierens, wenn man die Korruption effektiv bekämpfen will“

Auch Amnesty International (AI) kam in einer wenige Tage vor dem EU-Monitoring-Bericht veröffentlichten Expertise zu dem Ergebnis, dass Rumänien (wie auch Bulgarien) in vielen Bereichen Fortschritte gemacht habe (so in der Antidiskriminierungsgesetzgebung, mit neuen Gesundheitsgesetzen etc.), was aber AI auch nicht davon abhielt, Rechtsverletzungen in der Praxis scharf zu kritisieren.

Bereits im September hatten französische Parlamentarier in Bukarest deutlich gemacht, dass der Ratifizierungsprozess für die Beitrittsverträge mit Rumänien und Bulgarien in der Nationalversammlung unmittelbar nach der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts erfolgen werde, freilich unter der Voraussetzung , dass beide Länder greifbare Fortschritt aufweisen bei der Umsetzung des Acquis communautaire und bei der Erfüllung der gegenüber den übrigen Mitgliedstaaten eingegangenen Verpflichtung der Beschleunigung und Intensivierung der inneren Reformen.

Selbst aus den Kreisen der EU-Kommission gab es für Rumänien ermutigende Signale: So hat Kommissarin *Emma Nicholson* dem Land eine grundlegende und erfolgreiche Reform zum Schutz der Kinder attestiert. „Rumänien hat heute weniger Kinder unter drei Jahren in Waisenhäusern als alte EU-Mitgliedsländer wie beispielsweise Frankreich“, resümierte Nicholson ihre Erfahrungen und bekräftigte die volle Übereinstimmung Rumäniens mit der UN-Konvention über die Rechte des Kindes.

Vergessen wir bei all dem aber auch nicht, dass die internationalen Rating-Agenturen Rumänien inzwischen wesentlich positiver bewerten und deshalb auch sein Ranking als interessanter Investitionsstandort heraufgesetzt wurde, was wiederum die ohnehin dynamische Entwicklung der Auslandsinvestitionen (mehr als 3 Mrd.Euro in 2004) noch beschleunigen dürfte als Voraussetzung für weiterhin stabiles Wachstum der Wirtschaft. Wie nötig dies ist, zeigt die Tatsache, dass immer noch 43% der Rumänen unter dem offiziellen Armutslimit leben müssen und trotz zurückgehender Inflation die Kaufkraft der Buerger nach wie vor stagniert.